

»Wir sind da! Hitler hat es nicht vermocht,
uns alle umzubringen.«

Jüdisches Leben in Dresden und Würzburg nach 1945

Am 30. Mai 1950 traf sich der Gemeinderat der Jüdischen Gemeinde zu Dresden (JG Dresden) zur Vorbereitung der Weihe einer neuen Synagoge. Zwischen 1948 und 1950 war am Rande des Neuen Israelitischen Friedhofs im Dresdner Stadtteil Johannstadt auf den Grundresten der bei alliierten Bombenangriffen im Februar 1945 zerstörten Feierhalle ein neuer, schlichter Sakralbau entstanden. Erstmals nach der Shoah wurde damit wieder ein jüdisches Gotteshaus im »Land der Täter« eröffnet.¹ Die historische Wegmarke war den sechs Anwesenden der Gemeinderatssitzung bewusst:

Presse, Rundfunk und Defa werden eingeschaltet, um nach aussen zu dokumentieren: wir sind da! Hitler hat es nicht vermocht, uns alle umzubringen [...]. Eine grosse politische Aufgabe wird es werden, diese Feier richtig auszugestalten, damit man auch dem Volk zeigt, wie es sich der kleinen Jüdischen Gemeinde gegenüber verhalten soll. Es wird auch von politischer Bedeutung dem Ausland gegenüber sein, denn es ist das erste Mal, dass man hier wieder eine kleine Synagoge aufbaut.²

In der noch jungen DDR verstanden sich die »gestrandeten«, gebliebenen oder zurückgekehrten Jüdinnen und Juden als Teil einer »Gegen-Elite« und als »Sieger der Geschichte«, die sich in besonderem Maße moralisch legitimiert sahen, ein anderes Deutschland aufzubauen.³ Der Akt der Synagogenweihe versinnbildlichte insofern auch ihr politisches wie erzieherisches Sendungsbewusstsein. Zudem vermittelte sich darin das trügerische Bild eines Miteinander, in dem jüdische Überlebende gemeinsam mit Vertretern der politischen Eliten und Massenorganisationen der DDR ein »Nie wieder« beschworen und dem Ideal eines neuen antifaschistischen Kollektivs Ausdruck verliehen. Nur kurze Zeit später wurden die hoffnungsvollen Erwartungen im Zuge des Konsolidierungsprozesses der SED enttäuscht. Die sich ab 1952 verstärkenden, antisemitisch gefärbten Säuberungskampagnen in Partei und Staatsapparat mündeten in die

- 1 Michael Brenner/Norbert Frei, Konsolidierung, in: Michael Brenner (Hrsg.), Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart: Politik, Kultur und Gesellschaft, München 2012, S. 153-294, hier S. 182.
- 2 Protokoll der Gemeinderatssitzung, 30.5.1950, in: Archiv der Jüdischen Gemeinde zu Dresden [AJGD], E-02, Texte – Berichte.
- 3 Karin Hartewig, Zurückgekehrt: Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR, Köln 2000, S. 195 f.

offene Diffamierung jüdischer Gemeindeglieder als »zionistische Agenten«. ⁴ Ende 1953 war keiner der im Mai 1950 anwesenden Gemeinderäte noch Mitglied der JG Dresden. Die eine Hälfte hatte die DDR fluchtartig verlassen, die andere war ausgetreten. ⁵

Deutlich anders verlief nach 1945 die Entwicklung der Israelitischen Kultusgemeinde Würzburg und Unterfranken (IKG Würzburg). Hinsichtlich der Mitgliederzahl vergleichbar mit der JG Dresden, bot die Gemeinde vor allem jenen, die aufgrund ihres gesundheitlichen Zustandes oder ihres Alters nicht hatten auswandern können, einen Rückzugsort. Abgesehen von der frühen Weihe eines Gedenksteins für die Opfer der Shoah im November 1945 trat die Gemeinde im ersten Jahrzehnt nicht in die Öffentlichkeit. ⁶ Rar sind auch die Überlieferungen zum Gemeindeleben. Einen der wenigen Berichte lieferte der jüdische Chronist Mordechai W. Bernstein, der Würzburg auf seiner Suche nach verbliebenem jüdischem Kulturgut im Auftrag der Jewish Cultural Reconstruction, Inc. in der zweiten Jahreshälfte 1949 bereiste und das Gemeindezentrum im ehemaligen Landheim der Israelitischen Kranken- und Pfründnerhaus-Stiftung besuchte. ⁷ Eindringlich schildert Bernstein in seinen Notizen eine im Wiederaufbau befindliche Stadtgesellschaft, die öffentlich ihr christliches Brauchtum feierte, während die kleine versehrte Gemeinschaft jüdischer Überlebender im Verborgenen mühsam versuchte, die eigenen Traditionen zu wahren. ⁸

In einem zweistöckigen Gebäude wohnen ein paar Dutzend alte Menschen. Manche von ihnen sind Invaliden, und zwar diejenigen, die »als unverbrannte Holzscheite« aus Theresienstadt und anderen nationalsozialistischen Vernichtungslagern gekommen sind. Hier haben die Überlebenden des Feuers ihren Betsaal. [...] [I]ch verglich: Auf der einen Seite gingen unter Fahnen

- 4 Siehe: Angelika Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern: Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997, S. 111-126; Thomas Haury, Antisemitismus von links: Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002, S. 387-417.
- 5 Angabe auf Basis der biografischen Datenbank des Verfassers; ein Mitglied des Gemeinderates, der Historiker Helmut Eschwege, trat 1956 erneut der JG Dresden bei.
- 6 Rotraud Ries, Erinnerungskultur in Würzburg, in: Rotraud Ries/Elmar Schwinger (Hrsg.), Deportationen und Erinnerungsprozesse in Unterfranken und an den Zielorten der Transporte, Würzburg 2015, S. 81-94, hier S. 83f.
- 7 Siehe: Lilian Harlander/Ayleen Winkler, Mordechai Wolf Bernstein (1905-1966): Ein Historiker und Journalist auf den Spuren jüdischer Geschichte im Nachkriegsdeutschland, in: Bernhard Purin/Ayleen Winkler (Hrsg.), Im Labyrinth der Zeiten: Mit Mordechai W. Bernstein durch 1700 Jahre deutsch-jüdische Geschichte, Leipzig 2021, S. 15-22.
- 8 Vgl. hierzu: Barbara Stambolis, »Heilige Feste und Zeiten« zwischen Selbstvergewisserung und Auflösung des katholischen Milieus nach 1945, in: Kirchliche Zeitgeschichte, 1 (2000), S. 178-216.

und Heiligenbildern einige Hunderttausend [durch die Stadt, S. H.]. Auf der anderen Seite saß da ein [...] »Minjan«? // Wer war stärker?⁹

Die Geschichte der Jüdinnen und Juden in Deutschland in den Nachkriegsjahren wird in allgemeinen Darstellungen zumeist – mit Fokus auf das Gebiet der späteren Bundesrepublik – als Exodus jüdischer Überlebender aus dem »Land der Täter« erzählt. Nach einem Interludium der Präsenz jüdischer Displaced Persons (DPs) infolge der massenhaften Flucht aus Osteuropa in die westlichen Besatzungszonen blieben vor dem Hintergrund des durch den World Jewish Congress ausgesprochenen »Banns« über Deutschland¹⁰ nur einige Restgemeinden übrig, die sich aus jenen Jüdinnen und Juden zusammensetzten, für die eine Emigration aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich war. Der deutsch-deutsch-jüdische Blick auf diese Entwicklung bietet jedoch eine dezidiert andere Perspektive. In der sowjetischen Besatzungszone entschied sich eine Mehrheit von Jüdinnen und Juden zunächst fürs Bleiben. Eine massenhafte Auswanderung gab es nicht, stattdessen kehrten bereits in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre zahlreiche jüdische Kommunist:innen, darunter prominente Intellektuelle, zurück. Und anders als zumeist dargestellt, boten die jüdischen Gemeinden für diese zunächst durchaus eine Heimat und einen Ort neuer Gemeinschaftsbildung.

Die politische Konsolidierung in den beiden deutschen Nachkriegsstaaten und die mit ihr in Wechselbeziehung stehenden Emigrations- und Remigrationsphasen bilden den Hintergrund, vor dem im Folgenden die Entwicklung der jüdischen Gemeinden in Dresden und Würzburg vergleichend geschildert wird. Der Artikel fragt nach dem Verhältnis zwischen äußeren Faktoren wie der geografischen Lage und den politischen Bedingungen für die Entscheidung von Gemeindegliedern an beiden Orten zu bleiben, zu gehen oder zurückzukehren. Daraus folgend werden verschiedene jüdische Selbstentwürfe skizziert, die in den beiden Gemeinden vertreten wurden. Dabei wird deutlich, dass die ausgewählten Gemeinden nicht nur beispielhaft für die unterschiedlichen Neuanfänge jüdischen Lebens in der DDR und der BRD stehen. Beide Fälle gewähren darüber hinaus Einblicke in die lokalen Besonderheiten jüdischen Gemeindelebens, zu denen etwa ihre Größe sowie die besondere Konstellation verschiedener Akteur:innen gehören, die in der deutsch-jüdischen Geschichte nach 1945 bislang wenig Beachtung gefunden haben.

9 Mordechai W. Bernstein, Drei Schlachmones-Teller aus Würzburg, in: Christine Bach/Caroline Lange (Hrsg.), »Sieben Kisten mit jüdischem Material«: Von Raub und Wiederentdeckung 1938 bis heute, Berlin 2018, S. 41–57, hier S. 56.

10 Siehe: Dan Diner, Im Zeichen des Banns, in: Michael Brenner (Hrsg.), Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis zur Gegenwart: Politik, Kultur und Gesellschaft, München 2012, S. 15–66.

Geografische Lage und politische Bedingungen des Neuanfangs

Wie in vielen anderen Städten begannen auch in Dresden und Würzburg unmittelbar nach dem Krieg überlebende und befreite Jüdinnen und Juden materielle Hilfen zu organisieren, um der allgegenwärtigen Not der ehemals Verfolgten zu begegnen. Unterstützung leisteten die jeweiligen Besatzungsbehörden, die z. B. mit dem ehemaligen Stadthaus des Fabrikanten Alois Schrimmer im Dresdner Stadtteil Neustadt oder dem ehemaligen Landheim der Israelitischen Kranken- und Pfründnerhaus-Stiftung am Rande der Altstadt Würzburgs vormals enteignete Gebäude zur Verfügung stellten, die als erste Anlaufstationen für Jüdinnen und Juden dienten und in denen später Bet- und Versammlungsräume eingerichtet wurden. Viele jüdische Überlebende hielten sich nur kurzzeitig, zumeist wenige Tage, in den beiden Städten auf. Im Sommer 1945 etablierte daher die Sozialfürsorge in Dresden mehrere provisorische Durchgangsheime. In dieser Zeit reichten die Lebensmittelvorräte kaum aus, um die hohe Anzahl der durchreisenden ehemaligen Insass:innen von Konzentrationslagern zu versorgen.¹¹ Noch im Mai 1946 berichtete auch die IKG Würzburg, dass im ehemaligen Landheim fünfzig jüdische Bewohner:innen und dreißig Durchreisende gepflegt würden.¹² In beiden Städten war der Kreis, der von den Betreuungsstellen unterstützt wurde, größer als der Kreis derjenigen, die später Mitglieder der jeweiligen jüdischen Gemeinden wurden, denn ihre Hilfen richteten sich an alle »rassisch Verfolgten«, unabhängig davon, ob sie sich selbst als jüdisch verstanden oder nach dem Religionsgesetz jüdisch waren.

Trotz ähnlicher Neuanfänge, bei denen die Betreuungsstellen letztlich zur »Keimzelle« der später errichteten Gemeinde wurden¹³, unterschieden sich die Sozialstruktur, aber auch die Persistenz beider Gemeinden stark. Die geografische Lage, die politischen Bedingungen und die individuellen Entscheidungen für ein Bleiben oder Gehen waren dabei wechselseitig verwoben.¹⁴

In der Jüdischen Gemeinde Dresden hatte die räumliche Nähe der Stadt zur Tschechoslowakei und zu den neuen Grenzen Polens zur Folge, dass zwischenzeitlich gut ein Viertel der Gemeindeglieder aus »Böhmen« und »Schlesien« stammten. In den kommenden Jahren prägten aus Breslau stammende Jüdinnen und Juden auch über Dresden hinaus das organisierte Judentum in der DDR.¹⁵ Würzburg lag dagegen abseits neuer Grenzen, Verkehrsknotenpunkte,

11 Stadtarchiv Dresden [StADD], 4.1.10, Dezernat Sozial- und Wohnungswesen, Sign. 24: VdN-Dienststelle, Bl. 3 u. 29.

12 Die IKG Würzburg an die Stadt Würzburg, 16.5.1946, in: Stadtarchiv Würzburg [StA Wü], EAPL I, HG 4, Sign. 53, Der monatliche Fürsorgebericht – Textbericht – an die Regierung.

13 Tobias Freimüller, Frankfurt und die Juden: Neuanfänge und Fremdheitserfahrungen 1945-1990, Göttingen 2020, S. 61.

14 Vgl. Brenner/Frei, Konsolidierung (wie Anm. 1), S. 124.

15 In Dresden gehörten hierzu z. B. der erste Kantor der Gemeinde, Moritz Jaschkowitz, und der von 1953 bis 1958 amtierende Vorsitzende Walter Friedländer. Auch Werner

Transitrouten oder der großen neu eingerichteten jüdischen DP-Lager, weshalb sich die Gemeinde im Kern zunächst aus einer größeren Gruppe von aus Theresienstadt zurückgekehrten älteren unterfränkischen Jüdinnen und Juden und einer Gruppe eher zufällig »gestrandeter« vorwiegend polnisch-jüdischer DPs aus dem KZ Buchenwald zusammensetzte. Trotz ethnischer Differenzen und großer Altersunterschiede bildeten sie eine Überlebendengemeinschaft, die eng zusammenlebte. »They were jumping in joy to see some young Jewish fellows there«, berichtete einer der Überlebenden über die Reaktionen der bereits in Würzburg lebenden Jüdinnen und Juden auf seine Ankunft.¹⁶ Die räumliche und soziale Nähe war auch eine Folge des knappen Wohnraums, der aufgrund der Bombenangriffe auf Würzburg Ende März 1945 entstanden war. Auch nach Kriegsende war über achtzig Prozent des Wohnraumes nicht nutzbar, was u. a. zu Zuzugsbeschränkungen in die Stadt führte. So blieben als Unterkunft vor allem das ehemalige Landheim und eine nur wenige hundert Meter entfernte Stadtvilla aus ehemals jüdischem Besitz, die auch räumlich einen in enger Nähe zueinanderstehenden Mikrokosmos bildeten, der ein weitestgehend abgeschottetes, gemeinschaftliches Zusammenleben ermöglichte. In Dresden, wo vor allem die Altstadt und die umliegenden Viertel zerstört worden waren, wohnten jüdische Überlebende dagegen auf das übrige Stadtgebiet verteilt oder in unmittelbar angrenzenden Nachbarstädten wie Radebeul. Ethische Unterschiede spielten in Dresden eine geringere Rolle. In ihrer Mehrheit stammten die Gemeindeglieder aus Dresden, Ostsachsen oder dem mitteldeutschen Raum, was auch an der verhältnismäßig hohen Zahl an Jüdinnen und Juden lag, die im Zuge des alliierten Bombenangriffes auf die Stadt im Februar 1945 nicht mehr deportiert worden waren und deshalb überlebt hatten.

Auch die politischen Bedingungen der sich etablierenden Nachkriegsordnungen in den jeweiligen Besatzungszonen hatten Einfluss auf die Lebensverhältnisse und Zukunftsentwürfe jüdischer Überlebender. Die Vision eines »anderen« Deutschlands schien durch den radikalen Elitenwechsel und die repressiv durchgesetzte Entnazifizierung in der sowjetischen Besatzungszone konkrete Gestalt anzunehmen. Ehemals Verfolgte gelangten nicht nur bevorzugt an beschlagnahmten Wohnraum und Einrichtungsgegenstände, sondern erhielten auch früh neue Karrieremöglichkeiten. Aufgrund der massenhaften Entlassungen von ehemals in den NS involvierten Personen herrschten in den Stadtverwaltungen, im Bildungssystem, in Polizei- und Sicherheitsbehörden und Unternehmen wie Betrieben enorme Personalprobleme.¹⁷ Ehemals Verfolgte genossen

Sander, Kantor in Leipzig und Dresden zwischen 1954 und 1972, Eugen Gollomb, von 1967 bis 1987 Vorsitzender der Israelitischen Religionsgemeinde Leipzig und Herbert Ringer, Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen mit Sitz in Erfurt zwischen 1961 und 1985 kamen aus Breslau.

16 Visual History Archive, USC Shoah Foundation, Interview mit Leonard [Lothar] Katz, ID 51626, Naples, Florida, USA, 29. Mai 2001, TC 8:32-9:21.

17 Thomas Widera, Dresden 1945-1948: Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft, 1. Aufl., Göttingen 2005, S. 135-182, 283-338.

zudem unabhängig von ihrer politischen Einstellung zunächst das Vertrauen der sowjetischen Militäradministration. Jüdische Überlebende fanden deshalb in Dresden, sofern sie psychisch und physisch dazu in der Lage waren, schnell Arbeit. Beispiele gibt es hierfür viele: Willy Katz (1878-1947), der letzte noch in Dresden verbliebene jüdische Arzt, war, bevor er an den Folgen der NS-Zeit verstarb, mit der Leitung des Dresdner Gesundheitsamtes betraut worden.¹⁸ Werner Kussy (1910-2010), der im Juni 1945 aus Auschwitz zurückgekehrt war, erhielt nur zwei Tage nach seiner Ankunft sein 1939 enteignetes Unternehmen Rheostat zurück¹⁹ und förderte den Aufbau der JG Dresden finanziell.²⁰ Carl Jacoby (1895-1954), der als Verwalter des jüdischen Friedhofs zahlreiche Opfer des NS hatte beerdigen müssen, übernahm eine Unternehmenstreuhanderschaft und wurde Stadtverordneter im nahen Pirna.²¹ Leon Löwenkopf (1895-1966), Vorsitzender der JG Dresden von 1945 bis 1953, leitete zunächst die Abteilung »Nürnberger Gesetze« der kommunalen Hilfsstelle für die Opfer des Faschismus, stieg aber schnell zu einem wichtigen Wirtschaftsfunktionär in Sachsen auf.²² Förderlich für diese Karrierewege war, dass die hier Genannten bereits vor 1939 in Ostsachsen gelebt hatten und teils alte Netzwerke reaktivieren konnten.

In Würzburg unterhielten Jüdinnen und Juden vor allem enge Verbindungen zur amerikanischen Militärregierung. Zugunsten einer funktionierenden Verwaltung verliefen Maßnahmen zur Entnazifizierung jedoch weit weniger konsequent. Bereits 1948 folgte eine Phase umfangreicher Rehabilitierungen ehemaliger Nationalsozialist:innen. Karrieremöglichkeiten boten sich in Würzburg daher weit weniger als im sächsischen Dresden. In relevante Entscheidungspositionen gelangte keines der Würzburger Gemeindeglieder. Eine Beschäftigung fanden jüdische Überlebende häufig nur in der Betreuungsstelle oder bei der amerikanischen Militärregierung. Ein Beispiel hierfür bot der langjährige Gemeindevorsitzende David Rosenbaum (1877-1958), ein zum Zeitpunkt der Befreiung bereits 68 Jahre alter ehemaliger Weinhändler, der zur zentralen Figur des jüdischen Neuanfangs und der Integration in der Stadt wurde. Rosenbaum, der dem unterfränkischen Judentum entstammte, war langjähriger Leiter des jüdischen Altersheims, des Bayerischen Hilfswerks für die Opfer der

18 Willy Katz an Rudolf Apt, 18.12.1946, in: Leo Baeck Institut [LBI], AR 7180, The Rudolf Apt Collection, Series II Box I Folder XI, Bl. 22.

19 Restitutionen von Unternehmen in der SBZ sind bisher noch nicht erforscht worden. Deshalb ist unklar, ob die unbürokratische und schnelle Rückgabe von Rheostat an den Auschwitzüberlebenden Kussy eine Ausnahme bildete.

20 Frank Werner Kussy, [Autobiographische Erinnerungen]. unv. Manuskript, Privatarchiv Henny Warren o. D., S. 92 f.

21 Steffen Heidrich/Heike Liebsch, Der Friedhofsmeister Carl Jacoby, in: Heike Liebsch (Hrsg.), Der Neue Israelitische Friedhof in Dresden, Leipzig 2021, S. 88.

22 Nora Goldenbogen, Leon Löwenkopf, erster Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Dresden nach der Shoah: Versuch einer Annäherung, in: Susanne Schönborn (Hrsg.), Zwischen Erinnerung und Neubeginn: Zur deutsch-jüdischen Geschichte nach 1945, Meidenbauer 2006, S. 92-110.

Nürnberger Gesetze und stand zugleich der IKG Würzburg vor, deren Vorbeter er auch war. Für diese Aufgaben wurde er von der Stadt besoldet.

Neben den administrativen Tätigkeiten gründeten Jüdinnen und Juden kleine Unternehmen und handelten mit Waren, die ehemals Verfolgte aufgrund ihres Status zu günstigeren Konditionen erhielten.²³ Die mobilen und temporären Unternehmungen entsprachen dem auf einen kurzen Zeithorizont orientierten Lebensgefühl vor allem der polnisch-jüdischen Überlebenden, die ihre Emigration vorbereiteten. Die meisten unterfränkischen Jüdinnen und Juden, die wieder in Würzburg lebten, waren dagegen zu alt für einen beruflichen Neuanfang und blieben oftmals zeitlebens auf Fürsorgeleistungen angewiesen.

Emigration und Remigration

Der Einfluss der skizzierten Bedingungen zeigte sich am stärksten in der Entscheidung von Jüdinnen und Juden für oder gegen ein längerfristiges Bleiben im »Land der Täter«. Aus dem Umfeld der JG Dresden emigrierte bis zur Gründung der DDR nur eine kleine Gruppe von Überlebenden. Prominente Beispiele waren Max Spaeth (1877-1963) und Leonhard Natowitz (1914-1998), zentrale Akteure bei der Einrichtung einer jüdischen Betreuungsstelle, die beide zu Verwandten in die USA auswanderten. Insgesamt blieb die Mitgliederstruktur jedoch in den frühen Nachkriegsjahren stabil und es kam nur zu kleineren Fluktuationen, die auf die unstete politische und ökonomische Entwicklung zurückzuführen waren und sich wenig von den Wanderungsbewegungen der allgemeinen Bevölkerung unterschieden.²⁴ Erst der zunehmende Antisemitismus im Kontext der spätstalinistischen Säuberungskampagnen in den Ostblock-Staaten löste eine Fluchtwelle aus. Im Spätsommer 1950, kurz nach der Weihe der neuen Synagoge in Dresden, kehrte z. B. Rolf Pionkowski (1915-2004), Mitglied des Gründungsvorstandes nach 1945, von einer Reise zu Verwandten in Brasilien nicht mehr zurück. Später berichtete er dem im englischen Exil lebenden ehemaligen Vorsitzenden der Vorkriegsgemeinde, Rudolf Apt, dass schon zu dieser Zeit »eine anfangende Bewegung gegen die Jued[ischen] Gemeinden zu spueren«²⁵ war. Der eigentliche Exodus erfolgte jedoch erst im Winter 1952/53. Mehr als vierzig Mitglieder flohen aus der DDR oder traten aus der Gemeinde aus. Zu den Flüchtenden gehörten nicht nur die Vorstandsmitglieder der Gemeinde, sondern vor allem jene, die verhältnismäßig jung waren, ein eher

23 Vgl. hierzu: Anna Holian, Getting (Re-)Started: Jewish Migrant Livelihoods in Early Postwar Western Germany, in: Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung, 29 (2021), S. 1-12.

24 Siehe: Steffen Heidrich, Die Demografie der Jüdischen Gemeinde zu Dresden zwischen Wiederaufbau und Fluchtbewegung, in: Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung, 12 (2018), S. 1-6, hier S. 4-6.

25 Pionkowski an Rudolf Apt, 27.5.1952 AR 7180 (Anm. 18) Series II Box I Folder VIII, Bl. 58.

religiöses jüdisches Selbstverständnis teilten und für sich keine Zukunft mehr in der sozialistischen Diktatur sahen.²⁶

Anders war die Dynamik in Würzburg, das für viele Überlebende zunächst nur eine Zwischenstation vor der Emigration war. Von den insgesamt 120 in zwei Listen des Jahres 1946 erfassten Gemeindegliedern wanderten bis 1951 nachweislich 73 aus, wohingegen lediglich 33 zumeist ältere Jüdinnen und Juden in Unterfranken verblieben. Deren Altersdurchschnitt lag bereits zum Zeitpunkt ihrer Befreiung bei über 56 Jahren.²⁷ Zu den ersten, welche die Ausreise antraten, gehörten der erste Vorsitzende der Gemeinde, Max Fechenbach (1896-1976), seine Frau und zwei Kinder, die gemeinsam in Theresienstadt überlebt hatten.²⁸ Noch Jahrzehnte später erinnerte sich die Tochter Susan Fechenbach (verh. Loewenberg, 1933-2018) an den Antisemitismus, den sie in der Schule nach 1945 erfahren hatte.²⁹ Auch der Friedhofsverwalter Bernhard Behrens (1877-1965) und sein Sohn Henry emigrierten bereits 1946.³⁰ In der Mehrzahl wanderten ebenso die polnischen Jüdinnen und Juden aus, für welche die Zeit in Unterfranken zumeist eine doppelte Fremdheitserfahrung darstellte. Sie entstammten einem anderen Sprach- und Kulturraum und begegneten der deutschen Gesellschaft ob der vorangegangenen Erfahrungen mit Distanz und zuweilen Abscheu. Ein Leben in Deutschland kam für sie zumeist nicht infrage. Wer blieb, war, wie im Fall von Maks Izbecki (1921-1999), einem der wenigen Überlebenden des Ghettos Wolbrom bei Krakau, nach einem Arbeitsunfall invalide und nicht reisefähig oder scheiterte gar, wie das spätere langjährige Vorstandsmitglied der Gemeinde, Moritz Puzeryski (1912-1979), beim illegalen Auswanderungsversuch. Puzeryski war unter einem Pseudonym nach Kanada gereist, dort entdeckt und anschließend nach Deutschland ausgewiesen worden. In der Folge verweigerte ihm die für Emigrationen verantwortliche Internationale Flüchtlingsorganisation (IRO) den für die Auswanderung wichtigen Resettlement-Status, was eine Ausreise deutlich erschwerte. Eher unfreiwillig wurde Puzeryski in den folgenden Jahrzehnten zu einer prägenden Persönlichkeit der IKG Würzburg.³¹

26 Siehe: Henny Brenner, *Das Lied ist aus: Ein jüdisches Schicksal in Dresden*, Göttingen 2017, S. 102-107.

27 Basierend auf der Auswertung der Mitgliederlisten vom 20.5.1946 und 8.12.1946 und der Auswertung von Emigrationsakten in Arolsen Archives, JDC Names Index und Ancestry.com. Demnach konnte für elf Personen der weitere Verbleib nicht aufgeklärt werden. Drei weitere Personen verzogen innerhalb Deutschlands.

28 Reiner Strätz, *Biographisches Handbuch Würzburger Juden. 1900-1945*, Würzburg 1989, S. 140.

29 Michael Czygan, »Unser Überleben ist ein Wunder«, in: *Main-Post*, 20. April 2012, Abs. 9.

30 Maks Izbecki, *Application for IRO Assistance*, 3.2.1950, in: ITS Digital Archives, Arolsen Archives [ITS/AA], 3.2.1.1, Sign. 32110000, Teilbestand CM/I Akten aus Deutschland, Doc. 79208505.

31 IRO Communique, Meinders an Tarcynaki, 8.11.1950, in: ebd., Doc. 78863667. Vgl. hierzu auch die Aktennotiz in ebd., Doc. 78863661.

Eine umgekehrte Dynamik ergab sich bei denjenigen, die aus den Emigrationsländern zurückkehrten. Prominente Jüdinnen und Juden, wie der Historiker Helmut Eschwege (1913-1992), der spätere DDR-Diplomat bei der UN in Genf Josef Zimmering (1911-1995) oder der Schriftsteller Walter Victor (1895-1971), gingen aus politischen Gründen in die DDR und waren zumindest zeitweise Mitglieder der JG Dresden. Bis 1951 registrierten sich über vierzig jüdische Kommunist:innen in der Gemeinde, die sich zum großen Teil bereits im Exil kennengelernt hatten und sich nun in der SBZ/DDR niederließen, um den politischen Neuanfang mitzugestalten.³²

Auch in Würzburg kehrten Einzelne aus dem Exil zurück, allerdings überwiegend erst nach 1950 und zunächst häufig für begrenzte Zeit, wie das Beispiel des jüdischen Juristen Karl Rosenthal (1879-1970) zeigt, der zwischen 1949 und 1953 wieder in Würzburg lebte, hier Antragsteller:innen in Restitutionsverfahren vertrat, jedoch vor dem Hintergrund eines Strafverfahrens wegen angeblicher Steuerhinterziehung bald unter erneuten antisemitischen Schmähungen litt. 1953 verließ Rosenthal deshalb die ehemalige Heimat endgültig.³³ Erst in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre nahm die Zahl derer, die auf Dauer zurückkehrten, deutlich zu. Vielen Jüdinnen und Juden war es im Exil nicht gelungen, sich eine Lebensperspektive aufzubauen. Gesundheitliche und sprachliche Probleme, Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche und alte Heimatverbundenheit führten zu der oftmals ambivalenten Entscheidung, dorthin zurückzukehren, wo nur wenige Jahre zuvor das jüdische Leben systematisch vernichtet worden war. Die Bundesrepublik bot zu dieser Zeit Unterstützungsleistungen im Zuge der Entschädigungsgesetzgebung an und viele der Zurückgekehrten konnten enteignetes Vermögen zurückerstattet bekommen.³⁴ Einigen von ihnen gelang es, in Unterfranken ökonomische Netzwerke zu reaktivieren. Dazu gehörten mehrere Viehhändler, die an Geschäftsbeziehungen aus der Vorkriegszeit in diesem traditionell jüdisch geprägten Gewerbe in Franken anknüpfen konnten.³⁵ Vor diesem Hintergrund war es kein Zufall, dass viele unter den Zurückkehrenden eine biografische Beziehung zu Unterfranken hatten. Um 1960 wies annähernd die Hälfte der mittlerweile wieder etwa 120 Gemeindeglieder diese geografinch-lokalen Bezüge auf.³⁶

32 Steffen Heidrich, *Transnationale Gemeinden? Der Einfluss jüdischer Remigration und Diaspora auf die Entwicklung der jüdischen Gemeinden in Dresden und Würzburg nach 1945*, in: *Medaon. Magazin für jüdisches Leben in Forschung und Bildung*, 29 (2021), S. 1-13, hier S. 3-5.

33 Roland Flade, *Karl Rosenthal: Freimaurer, Demokrat, Naziopfer*, Würzburg 2021, S. 20-22; Marie-Thérèse Reinhard, *Kontinuität nach der Katastrophe? Die Israelitische Kultusgemeinde in Würzburg von 1945 bis 1992*, Würzburg 2017, S. 72 f.

34 Siehe: Ronald Webster, *Jüdische Rückkehrer in der BRD nach 1945: Ihre Motive, ihre Erfahrungen*, in: *Aschkenas*, 1 (1995), S. 47-78.

35 Vgl. Stefanie Fischer, *Ökonomisches Vertrauen und antisemitische Gewalt: Jüdische Viehhändler in Mittelfranken 1919-1939*, Göttingen 2014.

36 Angabe auf Basis der biografischen Recherchen entsprechend der Mitgliederlisten in: *Johanna-Stahl-Zentrum für jüdische Geschichte und Kultur in Unterfranken*,

Jüdische Selbstverständnisse zwischen Tradition, Religion und Schicksalsgemeinschaft

Die Entwicklungen der jüdischen Gemeinden in Dresden und Würzburg war nach 1945 durch ein Spannungsverhältnis geprägt, in dem verschiedene Verständnisse von Religion und Tradition auf die besondere jüdische Erfahrung der Shoah trafen. In den Betreuungsstellen begegneten sich jene, die der Nationalsozialismus zu Juden gemacht hatte, und jene, die sich im weitesten Sinne als religiöse Jüdinnen und Juden verstanden und aus dem Engagement für den Aufbau neuer jüdischer Gemeinden Hoffnung und Zuversicht schöpften. Wer als Jude anerkannt und/oder Mitglied einer jüdischen Gemeinde werden konnte, variierte und stand im Spannungsfeld zwischen Abgrenzung, (religiöser) Erneuerung und Selbsterhalt.³⁷

In Dresden entwickelten sich hieraus zwei wesentliche Strömungen: Ging es den einen um die Erneuerung von Religion im Sinne der historischen Tradition der Israelitischen Religionsgemeinde, so verstanden die anderen die Gemeinde sehr viel stärker als sozialen und politischen Zusammenschluss von jüdischen Überlebenden der Shoah. Vor allem in der Gründungsphase zeigte sich, dass die Reetablierung jüdischen Lebens nach 1945 nicht zwangsläufig von vormals eher am Rande des organisierten Judentums stehenden Personen ausging. Leon Löwenkopf, Leonhard Natowitz und Rolf Pionkowski, die den ersten neugewählten Vorstand der Gemeinde in Dresden bildeten, waren bereits vor der Shoah eng mit ihr verbunden gewesen. Löwenkopf hatte zum Pressereferat der Gemeinde gehört³⁸, Natowitz war als Religionslehrer in der Gemeinde tätig und Pionkowski, der einer angesehenen orthodoxen Familie entstammte, war ebenfalls bereits vor 1939 bei der Gemeinde angestellt.³⁹ Der neue Vorstand agierte sowohl bei der Aufnahme von Mitgliedern als auch bei den Bestrebungen nach Konversion vor allem nichtjüdischer Ehefrauen immer mit Bezug auf den religiösen Charakter der Gemeinde, den es zu erhalten galt. So verweigerten die Vorstandsmitglieder Helmut Eschwege bis 1948 die Mitgliedschaft, weil er sich nicht zum religiösen Judentum bekennen wollte.⁴⁰ Der zwischenzeitlich existierenden Jüdischen Gemeinde Ostsachsen in Görlitz und Zittau sprach der Dresdner Vor-

Gemeindeangelegenheit (1941-1943) 1958-1993, vorl. A2, V, d, Gemeindeglieder, Heiminsassen.

37 Atina Grossmann, *Jews, Germans, and Allies: Close Encounters in Occupied Germany*, Princeton 2009, S. 92.

38 Goldenbogen, Leon Löwenkopf (Anm. 22), hier S. 95.

39 Liste der ILBA Alumni, in: Max Ottensoser/Alex Roberg (Hrsg.), *ILBA, Israelitische Lehrerbildungsanstalt Würzburg, 1864-1938*, Detroit 1982, S. 236. Siehe auch: Lilli Ulbrich (Hrsg.), *Buch der Erinnerung: Juden in Dresden – deportiert, ermordet, verschollen – 1933-1945*, 1. Aufl., Dresden 2006, S. 282 f.

40 Alexander Walther, *Helmut Eschwege and Jewish Life in the German Democratic Republic*, in: Jay Howard Geller/Michael Meng (Hrsg.), *Rebuilding Jewish Life in Germany*, New Brunswick 2020, S. 101-117, hier S. 104.

stand die Anerkennung ab, weil dieser auch »Juden bzw. Mischlinge angehören, die nicht zur mosaischen Religion gehören [sic]«.41 Jüdische Kommunist:innen lehnten dagegen von Anfang an einen allein religiösen Charakter der Gemeinde ab und traten für die Abschaffung des Glaubensbekenntnisses als Kriterium der Aufnahme ein.42 Die Gemeinde verstanden sie deutlich stärker als eine genuin jüdisch-politische Interessenvertretung, etwa im Kampf gegen den weiterhin grassierenden Antisemitismus oder als Ort des kollektiven Gedächtnisses an die Shoah. Beide Strömungen standen sich jedoch nicht feindlich gegenüber, sondern waren vor allem aufgrund der kleinen Zahl an Mitgliedern um Kooperation bemüht. Insbesondere das integrative Geschick Leon Löwenkopfs, dem es 1949 gelang, eine ausgewogene Liste zur Gemeinderatswahl aufzustellen, sorgte dafür, dass sich die Gemeinde zu einem Ort pluraler jüdischer Repräsentationen entwickelte. Löwenkopf war es auch, der angesichts der veränderten Zusammensetzung der Mitgliedschaft den offiziellen Namen »Israelitische Religionsgemeinde« in »Jüdische Gemeinde« änderte, da dies »unsere Gemeinde besser kennzeichne [...]«.43 Ein grundlegender Wandel setzte erst durch die aggressive Assimilationspolitik der DDR im Zuge der Säuberungskampagnen der frühen 1950er Jahre ein, die ethnische oder gar zionistisch-jüdische Identitätskonstruktionen angriff und delegitimierte. Die Flucht- und Austrittswelle beraubte die Gemeinde 1953 ihrer aktiveren Mitglieder. Wer blieb, verstand zumeist schon die bloße Registrierung in der Gemeinde als symbolischen Ausdruck jüdischer Tradition.44 Die Gemeindefarbeit verlief in den folgenden Jahrzehnten, auch weil der neue Vorsitzende Helmut Aris sich weitestgehend loyal zur SED verhielt, entlang dem von außen vorgegebenen Rahmen einer »Religionsgemeinde«. Dies bedeutete freilich ein Paradoxon zwischen Selbst- und Fremdverständnis, denn die verbleibenden Gemeindefmitglieder waren fast durchgehend säkular. Erst im Zuge der kulturpolitischen Wende in den 1980er Jahren45 und einer gesteigerten Aufmerksamkeit etwa in kirchlichen Kreisen für das deutsch-jüdische Erbe, begannen junge Jüdinnen und Juden, sich wieder mit jüdischer Geschichte, Religion und Tradition auseinanderzusetzen und neue jüdische Selbstentwürfe zu entwickeln.46

41 Löwenkopf an Martin Behrendt, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Ostsachsen, 6.1.1950, AJGD, Allgemeine Korrespondenz, A03-01.

42 Sitzung der Organisations-Kommission der JGD, 31.5.1949, AJGD, E02.

43 Löwenkopf an die Landesverwaltung Sachsen, 28.10.1946, AJGD, A03-01-1946.

44 So etwa die England-Remigrantin Sophie Lappe in einem Statement 1988. Siehe: Audioaufzeichnung der Mitgliederversammlung der JG Dresden, 14.1.1988, AJGD, nicht verzeichnet.

45 Siehe: Cora Granata, *The Cold War Politics of Cultural Minorities: Jews and Sorbs in the German Democratic Republic, 1976-1989*, in: *German History: The Journal of the German History Society*, 1 (2009), S. 60-83, hier S. 67-72.

46 Siehe: Robin Ostow, *Juden aus der DDR und die deutsche Wiedervereinigung: Elf Gespräche*, Berlin 1996.

In Würzburg ließen sich aufgrund fehlender Quellen interne Diskussionen um den Status jüdischer Zugehörigkeit zwischen religiösen, politischen und verfolgungsbedingten Selbstentwürfen nicht nachvollziehen. Aufgrund ihrer niedrigen Anzahl unter den Würzburger Gemeindemitgliedern blieb der Einfluss osteuropäischer Jüdinnen und Juden auf das Selbstverständnis wohl gering. Andernorts führte deren Präsenz in den Gemeinden und vor allem im Gottesdienst zum Bruch mit religiösen und kulturellen Traditionen.⁴⁷ In Würzburg hingegen erfolgte das genaue Gegenteil. Die Wiederaufnahme der religiösen Traditionen aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus formte eine Kontinuität jüdischen Lebens über den Bruch der Shoah hinweg, die zumindest als Nachleben der durch Seligmann Bär Bamberger im 19. Jahrhundert geprägten unterfränkischen Einheitsorthodoxie bezeichnet werden kann.⁴⁸ Hauptträger waren jene in diesen Traditionen sozialisierten Gemeindemitglieder, die nach den Phasen des Exodus und der Remigration um 1960 wieder einen demografisch starken Kern der Gemeinde bildeten. Die Bedeutung der Religion als Zugehörigkeitskategorie zeigte sich etwa im höchsten Anteil jüdischer Ehen unter den Mitgliedern einer jüdischen Gemeinde in der Bundesrepublik⁴⁹, aber auch darin, dass tägliche Gottesdienste stattfanden⁵⁰ und die Anzahl derer, die die jüdischen Speisegesetze einhielten, groß war.⁵¹ Nicht zuletzt litt die Gemeinde nicht unter dem zeittypischen Mangel an religiösem Personal. Sie rekrutierte Kantoren, Vorbeter und Religionslehrer zumindest bis zum Ende der 1960er Jahre noch aus der eigenen Mitgliederschaft.⁵²

Der Befund ist in zweifacher Weise bemerkenswert. Nicht nur stand die IKG Würzburg damit im Kontrast zur generellen Entwicklung des jüdischen Lebens in Deutschland, die von einem Bedeutungsverlust des Religiösen gekennzeichnet war. Ihr gelang es, unter den für Kleingemeinden äußerst schwierigen Be-

47 In Frankfurt etwa brach Rabbiner Isaak Emil Lichtigfeld mit den traditionellen liberalen Minhagim, da der Gottesdienst de facto fast ausschließlich von osteuropäischen Jüdinnen und Juden besucht wurde. Siehe: Freimüller, Frankfurt und die Juden (Anm. 13), S. 218.

48 Zu Bambergers Wirken siehe: Mordechai Breuer, Jüdische Orthodoxie im deutschen Reich 1871-1918: Sozialgeschichte einer religiösen Minderheit, Frankfurt a.M. 1986, S. 47-60.

49 Siehe: Harry Maor, Über den Wiederaufbau der jüdischen Gemeinden in Deutschland seit 1945, Mainz 1961, S. 144.

50 Siehe: Meldebogen des Altersheims der IKG Würzburg für 1964, in: Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, B1/11, 206, Jüdische Altersheime allgemein.

51 Rotraud Ries, Erinnerungen an David Schuster (1910-1999) in Zeitzeugengesprächen, in: Rotraud Ries/Roland Flade (Hrsg.), David Schuster: Blicke auf ein fränkisch-jüdisches Leben im 20. Jahrhundert, Würzburg 2010, S. 27-117, hier S. 51.

52 Zu den Gemeindemitgliedern gehörten 1960 zwei ausgebildete Kantoren und Religionslehrer. Auch eine Reihe von Laien beteten regelmäßig vor. Heinrich Katzmann, der bis 1972 das jüdische Altersheim leitete, hatte bereits vor dem Krieg und in der Emigration in Palästina/Israel ein koscheres Restaurant betrieben.

dingungen, ihren Mitgliedern eine observante Lebensführung zu ermöglichen. Einen Faktor hierfür bildeten die räumlichen Ressourcen, besonders die frühe Doppelnutzung des ehemaligen Landheims als Altersheim und Gemeindezentrum. 1970 wurde auf Betreiben der Gemeinde um ihren seit 1958 amtierenden Vorsitzenden David Schuster (1910-1999) der Neubau einer Synagoge als Anbau zum bisher bestehenden Gebäudeensemble realisiert. Hier fand das soziale, kulturelle und religiöse Gemeindeleben einen integrativen Raum. Die Bewohner des Altersheims, die 1958 immerhin 34 Prozent der Mitglieder stellten, bildeten den Hauptteil des Minjans. Koschere Lebensmittel bot man über die heimeigene Küche auch außerhalb wohnenden Gemeindemitgliedern an. Wer nicht in fußläufiger Entfernung lebte, konnte an Shabbat Gästezimmer nutzen und diesen damit religionskonform begehen. Andererseits blieb die IKG Würzburg bis Ende der 1980er Jahre eine überalterte Gemeinde, die den ohnehin schon hohen Altersdurchschnitt der jüdischen Gemeinschaft in der BRD zum Teil bis zu zehn Jahre überstieg.⁵³

Zusammenfassung

Trotz prinzipiell ähnlicher Ausgangsbedingungen und vergleichbarer Entwicklungen in den ersten Monaten der Nachkriegszeit entwickelten sich die JG Dresden und die IKG Würzburg in den zwei Jahrzehnten nach 1945 deutlich konträr. Politische Entwicklungen und daraus resultierende Erwartungshaltungen und Zukunftshoffnungen oder auch Enttäuschungen entschieden über die Fragen des Bleibens, Kommens und Gehens. Migration spielte eine Schlüsselrolle für die jüdische Nachkriegsgeschichte auf deutschem Boden, vor allem mit Blick auf das innere Gefüge lokaler jüdischer Gemeinden wie in Dresden und Würzburg. Es waren zuvorderst die jeweiligen Mitglieder vor Ort, die entsprechend ihrer Biografie neue jüdische Zugehörigkeiten formten oder wie im Fall der Würzburger Gemeinde alte Traditionen revitalisierten.

53 Auswertung der Mitgliederstatistik der einzelnen Gemeinden und Landesverbände der Bundesrepublik und West-Berlin. Hrsg. v. Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST), Frankfurt am Main.